

WELTVERFOLGUNGSINDEX 2023

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

LÄNDERPROFIL

Türkei

41

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX



Platz 41 / 66 Punkte (2022: Platz 42 / 65 Punkte)
Berichtszeitraum: 1. Oktober 2021 – 30. September 2022

Überblick

Der in der Gesellschaft sehr stark ausgeprägte religiöse Nationalismus übt einen großen Druck auf die Christen aus. Nationalismus und der Islam sind in der Türkei untrennbar miteinander verbunden. Wer kein Muslim oder sogar Konvertit ist, beziehungsweise wer einen von der Mehrheitsreligion abweichenden Glauben offen zum Ausdruck bringt, wird nicht als loyaler Türke angesehen. Die Regierung hat begonnen, ausländische (westliche) Christen ins Visier zu nehmen und sie – auch wenn sie türkische Ehepartner und Kinder haben – aus dem Land zu verbannen.

Der Übertritt vom Islam zum christlichen Glauben ist nicht illegal, aber Konvertiten werden von ihren Familien und ihrem sozialen Umfeld unter Druck gesetzt, zum Islam zurückzukehren, was bis zur Androhung von Scheidung und Verlust des Erbrechts gehen kann. Manche Christen sehen sich daher gezwungen, ein Doppelleben zu führen und ihren Glaubenswechsel zu verbergen. Alle von Verfolgung betroffenen Gruppen von Christen haben nur begrenzten Zugang zu Arbeitsstellen im öffentlichen Sektor und werden in der Privatwirtschaft vor allem dann diskriminiert, wenn die Arbeitgeber Verbindungen zur Regierung unterhalten. Da die Religionszugehörigkeit immer noch in den Personalausweisen vermerkt wird (heutzutage auf einem elektronischen Chip), ist es ein Leichtes, Christen im Bewerbungsprozess zu benachteiligen.

ECKDATEN

STAATSOBERHAUPT

Präsident Recep Tayyip Erdogan

BEVÖLKERUNG

85.562.000

CHRISTEN

171.000 / 0,2 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Präsidialrepublik



Hintergrund

Die Türkei ist eine Präsidialrepublik unter der derzeitigen Führung von Recep Tayyip Erdogan. Nach der türkischen Gesetzgebung, die auf dem Lausanner Vertrag aus dem Jahr 1923 beruht, werden nur vier Religionsgemeinschaften anerkannt: Der sunnitische Islam, die Griechisch-Orthodoxe Kirche, die Armenisch Apostolische Kirche und das Judentum. Die Religionszugehörigkeit eines Bürgers wird in amtlichen Dokumenten festgehalten. Zwar geschieht dies seit 2017 auf den neuen Personalausweisen nicht mehr in Form eines schriftlichen Eintrags, jedoch wird sie nach wie vor auf dem elektronischen Chip eines Personalausweises registriert. Außerdem ist es üblich, dass Regierungsbeamte nach der Religionszugehörigkeit einer Person fragen.

Die türkische Gesetzgebung untersagt die Ausbildung von Pastoren und Geistlichen in privaten Bildungseinrichtungen. Die Ausbildungsstätten der Griechisch-Orthodoxen Kirche sowie der Armenisch Apostolischen Kirche wurden in den 1970er- und 1980er-Jahren geschlossen und seitdem nicht mehr eröffnet. Doch unter den Garantien des Lausanner Vertrags erhalten diese beiden Kirchen vom Bildungsministerium eine Zulassung, um kirchliche Grundschulen weiterzubetreiben; außerdem dürfen katholische und evangelische Kirchen katechetischen Unterricht für Kinder in ihren Räumlichkeiten anbieten. Dagegen haben türkische Christen mit muslimischem Hintergrund keinerlei solcher Möglichkeiten.

Offiziell ist die Türkei seit Atatürks Reformen Anfang des 20. Jahrhunderts ein säkularer Staat. Doch das Land islamisiert sich unter dem nationalistischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan zunehmend,



insbesondere seit dem gescheiterten Putschversuch von 2016. Die türkische Verfassung schränkt die Religionsfreiheit zwar technisch nicht ein, fördert und bevorzugt den türkischen Nationalcharakter und den sunnitischen Islam aber vor allen anderen Identitäten. Berichten zufolge ist es aufgrund der zunehmenden Islamisierung für Frauen, die keine Kopfbedeckung tragen (ob aus christlichen Motiven oder anderen Gründen), schwieriger geworden, einen Arbeitsplatz zu finden.

Der Erwerb von Räumlichkeiten zur kirchlichen Nutzung kann sich als schwierig erweisen, da nach türkischem Recht nur bestimmte Gebäude als Kirchen genutzt werden können – und ob die Genehmigung dazu erteilt wird, hängt von der persönlichen Neigung des Bürgermeisters und der Haltung der örtlichen Bevölkerung ab. Nichtmuslime sind stillschweigend von einer Anstellung in der staatlichen Verwaltung und den Sicherheitskräften ausgeschlossen. Sie berichten, dass bei der Einberufung zum Militärdienst ihre Religionszugehörigkeit vom Vorgesetzten vermerkt wird und sie sich zudem einer »Sicherheitsüberprüfung« unterziehen müssen. Ein Glaubenswechsel ist gesetzlich zwar nicht verboten, jedoch gilt der Wechsel zum christlichen Glauben allgemein als nicht hinnehmbar.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	171.000	0,2
Muslime	84.148.000	98,3
Agnostiker	932.000	1,1
Andere	155.500	0,2

Quelle: World Christian Database



Gibt es regionale Unterschiede?

Traditionelle christliche Gruppen wie die Armenische Kirche oder die Assyrische Kirche des Ostens stehen im südöstlichen Landesteil hohem Druck und Feindseligkeiten gegenüber. Seit Jahrzehnten sind sie Opfer eines andauernden Konflikts zwischen der türkischen Armee und kurdisch-nationalistischen Gruppen. Die meisten türkischen christlichen Gemeinden gibt es in den westlichen Küstenstädten, einschließlich Istanbul. Diese Städte sind in der Regel gemäßigter und säkularer. Die Gebiete im Landesinneren dagegen sind eher konservativ und islamisch geprägt und gesellschaftlich feindlich gegenüber Christen und christlichen Konvertiten eingestellt.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung / Religiöser Nationalismus

Der starke und oftmals fanatische Nationalismus beeinträchtigt alle ethnischen Minderheiten in der Türkei. Ein Glaubenswechsel vom Islam zum christlichen Glauben wird als Beleidigung der Familie und der Nation angesehen; Konvertiten werden schikaniert und von Familie und Gesellschaft sowie im Geschäftsleben ausgegrenzt. Allgemein herrscht die Meinung, dass ein wahrer Türke ein Muslim ist. Und so wird eine Hinwendung zum christlichen Glauben nicht nur als Verletzung der Familienehre, sondern auch als »Beleidigung des Türkentums« verstanden. Dies kann Gerichtsverfahren und Haftstrafen nach sich ziehen. Einige christliche Konvertiten werden sogar von extremistischen nationalistischen Islamisten mit Gewalt bedroht. Auch ethnische Minderheiten (wie zum Beispiel Griechen, Armenier und Syrer) werden in ähnlicher Weise gesellschaftlichem Druck und Gewalt ausgesetzt und sehen sich mit rechtlichen Problemen und wirtschaftlicher Ausgrenzung konfrontiert.

Ethnisch-religiöse Feindseligkeit

Diese Triebkraft hat sich im Zusammenhang mit dem Kurdenkonflikt verstärkt. Syrische Christen in der südöstlichen Türkei leiden besonders unter dem Druck des Bürgerkriegs in Syrien; sie werden von allen Seiten bedrängt – von kurdischen Clans, der Regierung und der militanten »Arbeiterpartei Kurdistans« (PKK). Stammesführer nutzen ihre Macht, um syrische Christen aus ihrer Heimat in dieser Region zu vertreiben.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Nach wie vor spielen Stammesrecht und -bräuche eine wichtige Rolle, insbesondere in den östlichen Provinzen der Türkei. Dort droht Konvertiten noch härtere Verfolgung, da die Hinwendung zum christlichen Glauben nicht nur als Verrat am Islam, sondern auch an der Familie und dem Clan angesehen wird.

Diktatorische Paranoia

Seit dem gescheiterten Putsch vom Juli 2016 geht die Regierung von Präsident Erdogan hart gegen die Opposition vor, verhält sich zunehmend antidemokratisch und schränkt unverblümt die Freiheit in der gesamten türkischen Gesellschaft ein. Die Medien wurden beschnitten und Journalisten inhaftiert, weil, wie Präsident Erdogan behauptete, »Demokratie und Pressefreiheit unvereinbar seien«.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Zu den traditionellen Kirchen gehören die beiden Kirchen, die als einzige im Lausanner Vertrag von 1923 anerkannt werden: die Armenisch Apostolische Kirche und die Griechisch-Orthodoxe Kirche. Darüber hinaus zählen zu den traditionellen

Kirchen auch die Assyrische Kirche, die Syrisch-Orthodoxe Kirche sowie die Syrisch-Katholische Kirche. Diese Kirchen werden regelmäßig überwacht und unterliegen Kontrollen und Beschränkungen durch die Regierung. Ihre Mitglieder werden bei Behördengängen häufig als »Fremde« betrachtet, sie stoßen auf rechtliche und bürokratische Hürden sowie auf Schikanen durch Polizei und Gesellschaft. So benötigen zum Beispiel die Armenische Kirche und die Griechisch-Orthodoxe Kirche die Erlaubnis der türkischen Regierung, um eine neue Kirchenleitung wählen zu können.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

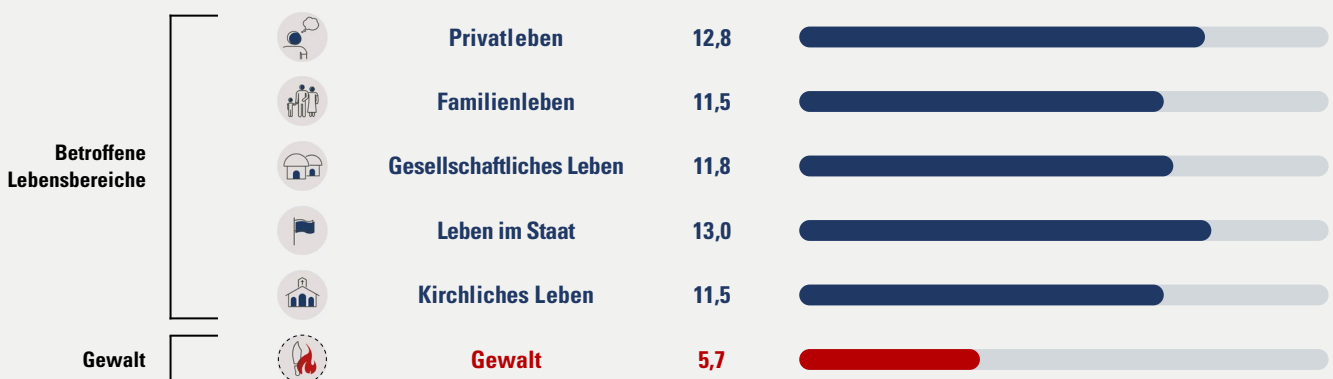
Konvertiten, die sich dem Islam ab- und dem christlichen Glauben zugewandt haben, tragen in der Türkei die Hauptlast der Verfolgung. Der Druck kommt von der Familie, dem sozialen Umfeld und sogar von lokalen Behörden. Sie gelten als Verräter der türkischen Identität.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Zu protestantischen Freikirchen gehören Baptisten- und Pfingstgemeinden; auch die Gemeinden christlicher Konvertiten zählen dazu. Diese Kirchen und Gemeinden bestehen meist aus kleinen Gruppen. Sie treffen sich in Privatwohnungen, was zu Widerständen in der Nachbarschaft führen kann. Eine neue, wachsende Gruppe von Christen in der Türkei besteht aus christlichen Geflüchteten aus Nachbarländern wie Iran. Sie sind in hohem Maße sozialen Anfeindungen ausgesetzt, in erster Linie wegen ihres Flüchtlingsstatus, doch ihr Glaube macht sie in zusätzlicher Weise angreifbar.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

Das öffentliche Bekenntnis zu nichtmuslimischen Glaubensrichtungen kann zu Schikanen führen. Das Zeigen christlicher Symbole ruft unter Umständen Feindseligkeit und physische Gewalt hervor. Christen der traditionellen Kirchen sind sozial und wirtschaftlich von der türkischen Gesellschaft ausgeschlossen. Konvertiten, sofern ihr neuer Glaube entdeckt wird, verlieren womöglich ihre Arbeit, sind Belästigungen von Familie und Freunden ausgesetzt oder erhalten Drohungen.

Familienleben

Kinder von christlichen Konvertiten werden oft schikaniert und gemobbt, weil ihre Familien als Verräter des islamischen Glaubens und der Nation angesehen werden. Kinder, deren Eltern entweder Ausländer sind oder einer der traditionellen christlichen Kirchen angehören, werden ebenso als »Feinde der Türkei« angesehen, da sie als Teil des »christlichen Westens« betrachtet werden.

Der türkische Lehrplan ist stark vom türkischen Nationalismus geprägt und stellt das Christentum als fremd und feindlich gegenüber der türkischen Gesellschaft dar.

Anträge für eigene christliche Friedhöfe wurden in mehreren Teilen des Landes abgelehnt. Dies ist besonders problematisch, weil dort Christen nur dann nach christlichem Brauch bestattet werden können, wenn dies in Friedhofsbereichen geschieht, die sie mit allen Nichtmuslimen teilen, oder wenn sie auf dem nächstgelegenen traditionellen christlichen Friedhof beerdigt werden, der mitunter mehr als 500 Kilometer entfernt liegen kann.

Gesellschaftliches Leben

Christen haben kaum Zugang zu Arbeitsstellen im öffentlichen Sektor und werden in der Privatwirtschaft diskriminiert. Der Islamunterricht ist obligatorisch – nichtmuslimische Kinder können sich zwar gegen eine Teilnahme entscheiden, müssen aber damit rechnen, dass sie daraufhin von Lehrern und Mitschülern ausgegrenzt und diskriminiert werden. Die Medien stehen unter starkem Einfluss des Staates und dessen nationalistischem Druck und greifen regelmäßig nichtmuslimische Minderheiten an. So werden Christen in Zeitungen und Fernsehen immer wieder diskriminiert und zum Sündenbock erklärt – einerseits um Christen und andererseits tolerantere Türken zum Schweigen zu bringen.

Leben im Staat

Für Christen ist der Zugang zu Anstellungen im öffentlichen Sektor stark eingeschränkt und ihre sozialen und wirtschaftlichen Chancen sind erheblich gemindert. In Artikel 301 des

türkischen Strafgesetzbuchs heißt es: »Wer die türkische Nation, die Republik oder die Große Nationalversammlung der Türkei öffentlich verunglimpft, wird mit Gefängnis bestraft.« Dies bedeutet, dass Christen äußerste Vorsicht walten lassen müssen, wenn sie sich in der Öffentlichkeit äußern.



Kirchliches Leben

Es ist nicht möglich, sich als Religionsgemeinschaft neu zu registrieren. Obwohl sich Kirchen als »Verein« eintragen lassen können, ist dies gleichwohl ein komplizierter Prozess und Anträge wurden mitunter abgelehnt. Auch die Gründung von Stiftungen zur Unterstützung einer neuen Religionsgemeinschaft ist verboten.

Genehmigungen für den Bau, die Reparatur oder die Renovierung von Kirchengebäuden zu erhalten, ist ein langwieriger und schwieriger Vorgang, der durch die christenfeindliche Haltung im Beamtenapparat noch weiter erschwert wird. Die Ausbildung von christlichen Leitern ist rechtlich unmöglich. Die Ausbildungsstätten der traditionellen Kirchen wurden in den 1970er- und 1980er-Jahren geschlossen und seitdem nicht mehr eröffnet, sodass Schulungen nur noch inoffiziell stattfinden können.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

- Im Dezember 2021 wurden Kirchen im Raum Istanbul beschädigt – an die Tür der »Protestantischen Kirche Kadıköy« sowie an zwei weiteren Kirchen war das Graffiti mit dem Schriftzug »Allah 1« gesprüht worden.
- Am 24. Dezember 2021 wurde die sogenannte »Hagia Sophia in Enez«, eine Kirche nahe der griechischen Grenze, in eine Moschee umgewandelt. Die Umwandlungszeremonie führte der Leiter des Präsidiums für Religionsangelegenheiten durch; dieser hatte eine ähnliche Zeremonie auch schon im Jahr 2020 abgehalten, als die Hagia Sophia in Istanbul in eine Moschee umgewandelt worden war.
- Die türkische Regierung verbietet ausländischen Christen weiterhin die (Wieder-)Einreise ins Land, oft unter Angabe von vagen Sicherheitsgründen.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2023	41	66
2022	42	65
2021	25	69
2020	36	63
2019	26	66

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der Druck auf Christen hat sich geringfügig erhöht, wodurch die Bewertung nur um einen Punkt gestiegen ist. Der Hauptgrund für den Anstieg liegt in einer Zunahme der Gewaltfälle – im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2023 stieg die Zahl der Kirchengebäude, die beschädigt, entweiht, in Moscheen umgewandelt oder anderweitig angegriffen wurden. In der Türkei ist der Islam gänzlich mit einem erbitterten Nationalismus vermischt. Das Misstrauen gegenüber Christen ist groß, vor allem im Landesinneren der Türkei. Dies erschwert es Kirchen in der

Öffentlichkeit aktiv zu sein und führt zu einem hohen Maß an gesellschaftlichem Widerstand. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2023 hat sich gezeigt, dass vor allem christliche Asylbewerber und Flüchtlinge in hohem Maße diskriminiert und misshandelt werden; davon betroffen sind auch christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund aus Iran, Afghanistan oder Syrien.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Die vorherrschende Kultur und eine mangelhaft umgesetzte Gleichberechtigung haben zu geschlechtsspezifischer Ungleichheit und einem hohen Maß an häuslicher Gewalt geführt. Christliche Konvertitinnen sind davon besonders betroffen. Dies gilt vor allem in ländlichen Gebieten, da der Glaubenswechsel den Erwartungen an Frauen, ihrer Familie Ehre zu machen, widerspricht. Christinnen sind mit Hausarrest, körperlicher und sexueller Misshandlung sowie Belästigung und Ablehnung konfrontiert. Das veranlasst einige dazu, ihre Heimat zu verlassen und Schutz zu suchen. In einer Ehre- und Schamkultur tragen viele Missbrauchsoffer ihr Trauma allein. Auch im öffentlichen Raum werden Frauen unter Druck gesetzt, etwa durch die Erwartung, islamischen Kleidungs- und Verhaltensidealen zu entsprechen.

Männer: Alle Christen sind von Diskriminierung und Feindseligkeit in den Institutionen und auf kommunaler Ebene betroffen; doch Männer stehen unter dem zusätzlichen Druck, der durch religiöse und damit verwobene kulturelle Erwartungen auf sie ausgeübt wird. So wird von ihnen erwartet, dass sie den Islam und das Türkentum verteidigen, zwei Dinge, die in der öffentlichen Wahrnehmung eng miteinander verbunden sind. Oft hindert das Männer daran, jemals eine Kirche zu betreten. Christliche Männer und Jungen werden unter Umständen von den Behörden festgenommen, bedroht, verhaftet und misshandelt. Sie müssen mit dem Verlust des Arbeitsplatzes, des Erbes oder der Ablehnung durch die Familie rechnen; ausländischen Christen droht eine Abschiebung. Außerdem kann es im Umfeld des Wehrdienstes zu Diskriminierung und Belästigung kommen. Die Arbeit sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor ist schwierig.

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Die Türkei hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Die Türkei kommt ihren internationalen Verpflichtungen nicht nach, da sie regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christliche Konvertiten werden von ihren Familien geächtet und angefeindet und sind von Scheidung und Verlust des Sorgerechts bedroht (ICCPR Art. 18)
- Christliche Kinder werden wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert (ICCPR Art. 18 und CRC Art. 14)
- Kirchen werden von Mitgliedern der staatlichen Task Force angegriffen (ICCPR Art. 18)
- Christen sind bei der Beschäftigung im öffentlichen Sektor Einschränkungen ausgesetzt und werden im privaten Sektor diskriminiert (ICCPR Art. 25 und 26 und ICESCR Art. 6)
- Christen sind Schikanen und Gewalt ausgesetzt, wenn sie über ihren Glauben sprechen oder missionieren (ICCPR Art. 18 und 19)

Wann Open Doors von Christenverfolgung spricht

Open Doors ist als überkonfessionelles christliches Hilfswerk seit 1955 in mittlerweile mehr als 70 Ländern im Einsatz für verfolgte Christen. Zudem dokumentiert Open Doors, in welcher Intensität und in welchem Umfang Christen in ihren Heimatländern aufgrund ihres Glaubens Verfolgung, Diskriminierung und Rechtsverletzungen ausgesetzt sind.

Christen werden wegen ihres Glaubens an Jesus Christus verfolgt und diskriminiert:

- 1. DIREKT** durch Regime, politische, religiöse und kriminelle Gruppen, durch die Gesellschaft und die eigene (Groß-)Familie: in Form von Razzien, Verhaftungen, Folter, Verurteilungen ohne fairen Prozess und aufgrund falscher Anschuldigungen, Überwachung, Gewalt gegen Christen und ihre Kirchen und Einrichtungen, Plünderung, Raub, Versklavung, Schläge, Tötungen, Diskriminierung im Arbeits- und Bildungsbereich und vieles mehr;
- 2. INDIREKT** durch Regime, die die Rechte der Christen nicht schützen.

Open Doors spricht von Verfolgung und Diskriminierung von Christen, wenn ihr Recht auf Religions- und Glaubensfreiheit verletzt und/oder nicht geschützt wird oder ihnen das Recht verweigert wird, ihren Glauben auszuüben.

Die Bilder in diesem Länderprofil wurden zu Illustrationszwecken verwendet.

Open Doors Österreich

Karl-Popper-Straße 16

T 01 253 17 02

E info@opendoors.at · I www.opendoors.at

Medienkontakt

Monika Chap-Rabenau

E monikach@opendoors.at



OpenDoors

Im Dienst der verfolgten Christen weltweit